

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Kerschke & Co. Dresden, Hauptstr. 10-12, Tel. 1011

Bezugspreis bei monatlicher Bestellung monatlich 2.30 RM. (einschl. 10 % MwSt.)

Druck u. Verlag: Kerschke & Co. Dresden, Hauptstr. 10-12, Tel. 1011

Zollnotverordnung gegen Valutadumping

Zum Schutz der deutschen Buttererzeugung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. Jan. Die noch gestern vom Reichspräsidenten unterzeichnete, bereits angekündigte Zollnotverordnung ist inzwischen in Kraft getreten.

Artikel 1.

Die Reichsregierung wird ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses:

1. bei der Einfuhr von Waren, die aus Ländern stammen, deren Währung unter die Goldparität gesunken ist, für einzelne Waren oder Warengruppen ausgleichende Zölle zu erheben.

2. für Waren, die aus einem Lande kommen, mit welchem das Deutsche Reich nicht in einem Handelsvertragsverhältnis steht, oder welches die deutschen Waren ausgleichend behandelt als die Waren eines dritten Landes, erhöhte Zölle zu setzen.

Von der Erhebung der erhöhten Zölle kann bis zur Dauer von höchstens sechs Monaten Abstand genommen werden, wenn mit diesem Lande Handelsvertragsverhandlungen im Gange sind.

Artikel 2.

Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Diese Zollverordnung gegen die Pfundentwertung war notwendig geworden, weil im Zusammenhang

mit dem englischen Pfundkurs unhaltbare Zustände entstanden waren. In erster Linie machte sich Dänemark, dessen Währung um 30 Prozent herabgesetzt wurde, den Pfundkurs zunutze und überflutete den deutschen Lebensmittelmarkt, insbesondere den Buttermarkt, mit seinen billigen Waren.

Die Verlängerung des Kreditkredites der Reichsbank

Berlin, 18. Jan. Nach Londoner Meldungen hat die Bank von England der R.B. in Basel bereits Mitteilung gemacht, daß sie bereit ist, den auf sie entfallenden Anteil von 25 Millionen Dollar an dem 100-Millionen-Dollar-Kreditkredit für die Deutsche Reichsbank zu verlängern.

England beantragt Konferenzverschiebung

Tribunatorium bis 1. Juli 1933?

London, 18. Januar. Der englische Außenminister hat, wie der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ berichtet, der Reichsregierung vorgelegt, das Tribunatorium bis zum 1. Juli 1933 zu verlagern.

Deutschland, so meldet „News Chronicle“, habe nicht seine Zustimmung zu den neuen Vorschlägen gegeben. Es seien daher Verhandlungen im Gange.

Wenn die Lausanner Konferenz überhaupt zustande komme, so werde sie wohl an einer Versammlung von Sachverständigen bestehen, die nur die technischen Einzelheiten für den Zahlungsausschuss zu regeln hätten.

„Daily Mail“ berichtet von Meinungsverschiedenheiten zwischen der englischen und französischen Regierung. Letztere habe darauf aufmerksam gemacht, daß ihre Zahlungen an Amerika schon im September einbleiben müßten, während die englischen erst am 5. Dezember fällig wären.

Paris, 18. Jan. Die Pariser Presse glaubt zu wissen, daß Ministerpräsident Laval sich für eine Verlängerung des Tribunatoriums entschieden habe.

Die französische Regierung hat den Präsidenten Hoover und das amerikanische Staatsdepartement um eine amtliche Stellungnahme zur Frage einer Verlängerung des Zahlungsausschusses ersucht.

Die Reichsregierung gegen langfristige Verschlebung

Die Reichsregierung gegen langfristige Verschlebung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. Jan. Der Kampf um die Verantwortung der Frage, ob die Lausanner Reparationskonferenz jetzt stattfinden, oder ob sie kurz- oder langfristig verschoben werden wird, wie es die Franzosen wollen, dürfte im Laufe des Tages in seine entscheidende Phase treten.

Gefängnisstrafe gegen die Lübecker Ärzte beantragt

Lübeck, 18. Jan. In der heutigen Sitzung des Tuberkuloseprozesses beantragte der Oberstaatsanwalt auf Grund des § 222, Abs. 2, des StGB. (schlechte Erziehung) gegen Professor Doyke und Obermedizinalrat Dr. Altknecht eine Gefängnisstrafe von je drei Jahren, gegen Professor Dr. Riob ein Jahr Gefängnis und Freisprechung der Schwester Anna Schäge.

In Fortsetzung seines Vortrages betonte heute der Oberstaatsanwalt, daß der Angeklagte Dr. Altknecht außerordentlich schicksalhaft gehandelt habe.

Innenminister Richter über das Menjurwesen

Bei der allgemeinen Reichsversammlung, die über das Menjurwesen besteht, ist die Stellungnahme eines hohen Staatsbeamten wie des bisherigen Innenministers Richter besonders beachtenswert.

Nur Freilassung Gandhi.

108 führende kirchliche Verantwortlichen der Vereinigten Staaten haben in einem Telegramm Macdonald um die Freilassung Gandhi gebeten.

Die Bankenpolitik der Reichsregierung

Dietrich kündigt neue Aktionen an

Berlin, 18. Januar. Der Dauerkonferenzschuß des Reichstages hielt am Dienstag seine erste Sitzung nach der Weihnachtspause ab.

Reichsfinanzminister Dietrich.

Daß man das Problem der Banken nicht erörtern könne, ohne auf die Grundursache ihrer Krankheit einzugehen, nämlich auf die Gesamtlage der Wirtschaft.

anweisungen monatlich mit 12 Millionen Mark abgedeckt werden.

Im übrigen werden bei der Reichsregierung im Augenblick Gedanken erörtert, die etwas vollkommen Neues darstellen.

Zum Schluß erklärte der Minister, daß die Tendenz innerhalb der Regierung dahin zusammenzufassen sei: Es solle der Einfluß der Reichsregierung auf die Banken wieder abgebaut werden.

In dieser Nummer beginnt unser neuer Roman

Vertical sidebar with various advertisements including 'Ganz', 'Opernhaus', 'Schauspielhaus', 'Albert-Theater', 'Die Komödie', 'Reinholdtheater', 'Central-Theater', and 'Schauspielhaus'.